

Thema	CDU CSU	SPD	Freie Demokraten FDP	DIE LINKE.	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Alternative für Deutschland	Forderungen des IVD
Wohnungsbau	<ul style="list-style-type: none"> 1,5 Millionen neue Wohnungen (eine Steigerung von 50% gegenüber heute, S. 38) Bekanntnis: Keine Maßnahmen, die Wohnraum zusätzlich verteuern Steuerliche Förderung für den Neubau von Mietwohnungen durch zeitlich begrenzte Wiedereinführung der degressiven AfA (S. 38) 1. Halbjahr 2018 „Wohnungsgipfel“ von Bund, Ländern, Gemeinden, Bau- und Immobilienwirtschaft (S. 39) Verbilligter und erleichteter Verkauf von Grundstücken des Bundes an Gemeinden und Städte (S. 39) Entlastung von Ballungsräumen durch landwirtschaftliche Grundbesitzer, die nach Verkauf Ihrer Flächen steuerbegünstigt in den Mietwohnungsbau reinvestieren können (S. 38) „Offensive ländlicher Raum“: Prüfung von Abweichungen, Sonderregelungen und Öffnungsklauseln der Investitionsförderung und des Baurechts auf dem Land: Für eine gute Entwicklung in allen Regionen (S. 29) Weiterentwicklung der Städtebauförderung zur Städte- und -Gemeindeförderung, um den ländlichen Raum besser zu berücksichtigen (S. 30) 	<ul style="list-style-type: none"> Mittel für den sozialen Wohnungsbau sollen deutlich erhöht werden (S. 37) Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen wird fortgeführt: Programm zur Förderung von bezahlbaren Wohnungen (S. 43) Mehr Wohnungen im öffentlichen und betrieblichen Eigentum: Gemeinsame Wohnungspolitik (S. 44) Gezielte Investitionen in Wohnheime für Studenten und Auszubildende (S. 7) Bundesweite Investitionsanreize und einheitliche Standards in der Landesbauordnung: Bauen soll attraktiver werden (S. 44) Begrenzung der Spekulation von Bodenpreisen (S. 44) Förderung für Unternehmen, die sich für sozialen und bezahlbaren Wohnraum einsetzen (S. 44) 	<ul style="list-style-type: none"> Jährliche Abschreibungsrate erhöhen auf 3%: Bauen muss attraktiver werden (S. 93)* Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnraum-Förderung (S. 93) Effizientere Umsetzung der Programme der Stadtentwicklung für Barrierefreiheit (S. 22) 	<ul style="list-style-type: none"> Beendigung von Privatisierung im Wohnraum und Bodengeschäft, Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus (S. 46) Erleichterung der Enteignung von Grundeigentum zum Wohle der Allgemeinheit (S. 45) Neue Wohngemeinnützigkeit: Nachhaltige und soziale Bereitstellung von Wohnungen und Grundstücken aus öffentlicher Hand (S. 45) Mehr finanzielle Mittel für Studierendewerke, um den studentischen Wohnraum zu erhöhen (S. 57) Befreiung ostdeutscher Wohnungsbauunternehmen von Altschulden (S. 65) Stadtbauprogramm Ost und West wird zusammengeführt (S. 50) Mindestens 250.000 neue Sozialwohnungen vor allem durch kommunalen Wohnungsbau jährlich mithilfe von 5 Milliarden (S. 45) Förderprogramm zur Sanierung und Erhalt der Orts-Dorfkerne (S. 50) 	<ul style="list-style-type: none"> 1 Million neue preiswerte Wohnungen mit einer sozialen Bindung (S. 185) Neue Wohngemeinnützigkeit: Wiederbelebung von Genossenschaften und sozialem Wohnungsbau (S. 185) Vergünstigte Abgabe von Liegenschaften des Bundes an Kommunen oder auch an gemeinwohlorientiert Träger (S. 185) Baurecht wird modernisiert und mit Wärme-Paket ergänzt (S. 186) Förderung von flächensparendem Bau (S. 186) Zulagen und Steuerförderung für die, die günstigen Wohnraum schaffen (S. 189) Bekanntnis gegen Baulandspekulation (S. 184) Höhere Investitionen in den Lärmschutz (S. 58) Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern: Regionale Daseinsvorsorge (Stärkung von regionalen Strukturen und lebendige Ortskernen, S. 187) 	<ul style="list-style-type: none"> Optimierung bestehender Baugebiete (S. 70) Bessere Rahmenbedingungen zur Förderung des Wohnungsbaus (S. 70) Mehr Bauland aus öffentlicher Hand muss zur Verfügung gestellt werden (S. 70) Investitionen in den Lärmschutz (S. 72) Beschleunigte Baurechtsschaffung (S. 70) 	<ul style="list-style-type: none"> Der IVD begrüßt mit Nachdruck, dass der Vorschlag zum Wohnungsgipfel im Regierungsprogramm der CDU/CSU aufgenommen wurde. Der Neubau von Wohnungen durch private Investoren muss ausgeweitet und erleichtert werden, denn schließlich tragen sie den größten Anteil an der Entstehung von Wohnraum. Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden, um die Schaffung von Wohnraum effizient zu fördern und Hemmnisse zu beseitigen. Die öffentliche Wohnungsbauförderung sollte wieder auf Bundesebene gestaltet werden. Die Gelder für den sozialen Wohnungsbau verlieren sich häufig in den Kassen der Länder.
Eigentumsbildung	<ul style="list-style-type: none"> Baukindergeld: Jährlich 1.200 Euro pro Kind und Jahr für 10 Jahre bei Wohneigentumserwerb. Es gilt rückwirkend für alle Baugenehmigungen und Kaufverträge seit dem 1.7.2017 (S. 27) Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer bei Ersterwerb von Wohneigentum (S. 27)* 	<ul style="list-style-type: none"> Familienbaugeld für Familien mit einem Einkommen bis zu 70.000 Euro: Sozial gestaffelter Zuschuss von bis zu 20.000 Euro für den Kauf oder Bau von Wohnungen in Ballungsräumen. 8.000 Euro sollten Familien mit einem Kind bekommen, für das zweite und dritte Kind sollten jeweils 6.000 Euro ausbezahlt werden. (S. 44) Familien, die Bestandsbauten in Ortskernen des ländlichen Raums kaufen, werden durch das Programm „Jung kauft alt“ unterstützt (S. 44) Ausweitung des „Bestellerprinzips“ auf Kaufimmobilien (S. 44) 	<ul style="list-style-type: none"> Grunderwerbsteuer: Freibetrag von 500.000 Euro bei Erwerb von Wohneigentum durch natürliche Personen (S. 69)* Jährliche Abschreibungsrate erhöhen auf 3%: Bauen muss attraktiver werden (S. 93) „1 zu 1“ Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie zur Entlastung von jungen Familien und Rentnern und ihrer Kreditwürdigkeit (S. 93) 	<ul style="list-style-type: none"> Mittel des Bundes zur Re-Kommunalisierung von Wohnraum in Kommunen (S. 42) Förderung des Eigentumserwerb durch Mietergemeinschaften oder Genossenschaften (S. 47) Vorverkaufsrecht von Immobilien für Mieter/Kommunen (kollektives Vorverkaufsrecht, S. 47) Bodenpreisdeckelung (S. 47) Preissmissbrauchsgrenze bei landwirtschaftlichen Flächen und verbilligter Verkauf von Bodeneigentum an regional verankerte landwirtschaftlich Betriebe und ländliche Bevölkerung (S. 93) Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben dürfen nur noch an Kommunen, Länder, Mieterinitiativen und Mietersyndikate abgegeben werden (S. 47) 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung von Genossenschaften (S. 70) Zinslose Darlehen und Zuschüsse (S. 56) Günstige Grundstücke aus öffentlichen Hand (S. 56) 	<ul style="list-style-type: none"> Der IVD schätzt die Vorschläge zur Senkung der Grunderwerbsteuer für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum, denn dieser schützt das knappe Eigenkapital der Käufer. Auch der Eigentumserwerb von Schwellenhaushalten sollte stärker gefördert werden. Die Eigentumsbildung ist der sicherste Weg zu einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Entschieden stellt sich der IVD gegen das Bestellerprinzip bei Kaufimmobilien, da dies nicht zu einer Entlastung für den Käufer führt. Die Maklerprovision würde sich im Kaufpreis widerspiegeln und der Käufer hätte kein Anrecht mehr auf eine kompetente Beratung. Die Anpassung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie wurde stets vom IVD gefordert. Die nicht gerechtfertigte Diskriminierung von Älteren und insbesondere jungen Familien muss beendet werden. 	
Steuern	<ul style="list-style-type: none"> Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer bei Ersterwerb von Wohneigentum (S. 27) Senkung der Einkommenssteuer (S. 34) Keine Verschärfung der Erbschaftsteuer oder Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 35) 	<ul style="list-style-type: none"> Verfassungsfeste Reform der Grundsteuer: Es sollen gleiche Verhältnisse in allen Regionen herrschen (S. 43) Steuerpolitik: Nachhaltig, gerecht und ohne neue Schulden (S. 38) Erbschaftsteuer soll gerechter werden. Sehr große Erbschaften werden auch höher besteuert (S. 40) 	<ul style="list-style-type: none"> Grunderwerbsteuer: Freibetrag von 500.000 Euro bei Erwerb von Wohneigentum durch natürliche Personen (S. 69)* Jährliche Abschreibungsrate erhöhen auf 3%: Bauen muss attraktiver werden (S. 93) Stromsteuer auf europäisches Mindestniveau senken (S. 80) Netzzulage auf Erzeuger umlegen (S. 86) Ablehnung einer Verschärfung der Erbschafts- und Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 69) Bei Erbschaft zwischen Ehegatten fällt zukünftig keine Erbschaftsteuer an (S. 68) 	<ul style="list-style-type: none"> Unterbindung von Share-Deals bei der Grunderwerbsteuer (S. 47) Höhere Vermögensfreibeträge, damit selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt (S. 22) Vermögen ab 1 Million wird mit 5% besteuert (S. 37) Erhöhung der Erbschaftsteuer auf hohe Erbschaften (S. 37) Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25% (S. 37) Einkommensteuer: Niedrige und mittlere Einkommen werden entlastet (S. 38) Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge (S. 39) Gewinne aus Immobilienspekulation und Immobilienverkäufen werden stärker besteuert (auch noch nach 10 Jahren, S. 47) Senkung der Stromsteuer für private Verbraucher (S. 87) Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 30) 	<ul style="list-style-type: none"> Grundsteuer gerechter gestalten (S. 184) Uneingeschränkte Besteuerung von Immobilienspekulation (S. 185) Einkommensteuer auf Kapitalerträge nach dem normalen, persönlichen Einkommensteuersatz (S. 194) Verfassungsfeste Vermögenssteuer für „Superreiche“ (S. 194) Erhöhte Abschreibungsgrenzen für geringe Wirtschaftsgüter in kleinen Unternehmen (S. 195) Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage für europaweit agierende Unternehmen wird mit einem Mindeststeuersatz verbunden (S. 73) Vereinfachung des Steuersystems zur Entlastung mittelständische Unternehmen, Selbstständige und Arbeitnehmer (S. 195) Steuerentschuldung von 15% für Entwicklungsausgaben in mittelständischen Unternehmen (S. 229) 	<ul style="list-style-type: none"> Erlas der Grunderwerbsteuer bei Erwerb von Wohneigentum durch Familien (S. 70) Senkung der Grunderwerbsteuer (S. 70) Anhebung des Grundfreibetrags auf das pfändungsfreie Einkommen zur Entlastung von Gering- und -Mittelverdienern (S. 51) Abschaffung der Erbschaftsteuer (S. 51) Bekanntnis gegen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (S. 51) Schaffung einer fairen Besteuerung für Unternehmen (S. 51) Abbau von Subventionen und zeitliche Befristung neuer Subventionen (S. 53) 	<ul style="list-style-type: none"> Mit großer Freude nimmt der IVD die Bekenntnisse gegen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wahr. Die Attraktivität für Investitionen in den Wohnungsmarkt würde dementsprechend deutlich leiden. Die Anhebung der Abschreibungsrate für Neubauten sollte von 2% auf 4% erhöht werden. Dies beflügelt den Bausektor und deckt den realen Werteverzehr einer Wohnimmobilie. Die FDP fordert eine Anhebung von 3%. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Erfassung der Grundsteuer sollte reformiert und besser an den tatsächlichen Wert des Grundstücks angepasst werden. Demzufolge würde der vorhandene Boden besser und zielgerechter genutzt werden. Der IVD positioniert sich deutlich gegen die verstärkte Besteuerung auf Immobiliengeschäfte. Dies ist hinderlich für die ohnehin schon verunsicherten Investoren auf dem Markt.

Thema	CDU CSU	SPD	Freie Demokraten FDP	DIE LINKE.	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	Alternative für Deutschland	Forderungen des IVD
Mietrecht, Wohngeld und andere Regulierungen	<ul style="list-style-type: none"> Reformierung und Verbesserung des Wohngelds (S. 38) Vermeidung von unnötiger Bürokratie bei Selbstständigkeit (S. 15) 	<ul style="list-style-type: none"> Verschärfung der Mietpreisbremse, verbindlichere, transparentere Mietspiegel sowie Rückzahlungspflicht für Vermieter bei Falschangaben (S. 43) Zulässige Mieterhöhung nach Modernisierung wird begrenzt (S. 43) Kündigungsrecht des Vermieters bei Eigenbedarf wird konkretisiert (S. 43) Regelmäßige Anpassung des Wohngelds (S. 43) Unternehmen sollen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreit werden (S. 23) 	<ul style="list-style-type: none"> Abschaffung der Mietpreisbremse (S. 93) Jährliche Anpassung des Wohngelds an die örtliche Mietentwicklung (S. 86) Begrenzung von Sozialwohnungen auf die, die auch mit Wohngeld auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben (S. 89) Überprüfung von überflüssigen Regularien in der nicht hauptberuflichen Wohnungsvermietung durch Privatpersonen beispielsweise wegen kurzzeitiger Abwesenheit (S. 24) Vereinfachte Regularien für kleinere und mittlere Unternehmen (S. 25) Sozialversicherungsbeiträge: Klare Forderung zur Rücknahme der Vorfalligkeit (S. 25) Einführung einer Mittelstandsklausel auf Bundesebene: Prüfung der Auswirkungen auf kleinere und mittlere Unternehmen (S. 18) 	<ul style="list-style-type: none"> Flächendeckende Mietpreisbremse (S. 8) Anpassung des Kindergelds an die regionale Mietsituation (S. 26) Verpflichtende Mietspiegel für Städte (S. 46) Mieterhöhung nur mit Verbesserung des Wohnwerts: Nur die Umlage des Inflationsausgleichs ist möglich (S. 46) Für Städte ab einer bestimmten Größe gelten verpflichtende Mietpreisspiegel (S. 46) Einführung eines Registers für die Transparenz der Vormiete (S. 46) Quartierbezogenes Mietpreisdeckelung von 8,50 und Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen (S. 46) Abschaffung Modernisierungsumlage (S. 46) Verbesserter Kündigungsschutz von Gewerbe- und -Privatmietern (S. 47) Zuschüsse zur Miete nach Modernisierung (S. 48) Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum (S. 46) Immobilienfonds wird Zulassung entzogen (S. 47) Erhöhung des Wohngelds: Heizkosten und Klimazuschlag (S. 49) 	<ul style="list-style-type: none"> Richtige Mietpreisbremse ohne Ausnahmen (S. 189) Neues ökologisches und soziales Mietrecht (S. 189) „Rausanieren“ beenden (S. 189) Modernisierungsumlage wird gesenkt und gekappt (S. 189) Mietspiegel verpflichtend über einen längeren Zeitraum (S. 189) Wohngeld wird verdoppelt und ein Klima-Zuschuss für energisch sanierte Wohnungen gewährt (S. 189) Zeitspanne für Mieterhöhungen wird verlängert (S. 189) Entscheidungsfreiheit für Kommunen wo sie die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum unterbinden (S. 186) Gewerbemietspiegel müssen ermöglicht werden (S. 186) 	<ul style="list-style-type: none"> Fortsetzung des Wohngelds (S. 70) Überprüfung von überflüssigen Regularien und Bürokratie zur Entlastung des Mittelstands (S. 53) Bekennnis gegen die Mietpreisbremse (S. 69) 	<ul style="list-style-type: none"> Der IVD unterstreicht seine Forderung: „Keine weitere Regulierung“. Eine neue Verschärfung der Mietpreisbremse löst das Grundproblem nicht, sondern schafft nur die Wohnungsnot von morgen. Eine flächendeckende Mietpreisdeckelung senkt die Attraktivität des Wohnungsbaus und bremst diesen weiter aus. Der IVD ist entschieden gegen die Kappung oder Abschaffung der Modernisierungsumlage. Nur wenn Vermieter, Mieter und die Politik zusammen ihren Anteil liefern, können die langfristigen Ziele erreicht werden. Der Vermieter muss die Möglichkeit einer Umwälzung der Modernisierungskosten behalten, nur so werden Anreize zu einer klimafreundlichen Sanierung bewahrt.
Klima/Energie	<ul style="list-style-type: none"> Steuerliche Förderung für die energetische Gebäudesanierung (S. 39) Prüfung von Lösungen zur Kostenentlastung aus Energieeffizienzmaßnahmen (S. 28) Oberste Priorität: Beschleunigter Netzausbau und Beseitigung von Engpässen (S. 22) Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben (S. 22) Strom muss langfristig bezahlbar bleiben (S. 22) Langfristige, saubere Energieversorgung (S. 22) Weiterentwicklung der Sektorenkopplung (Verknüpfung der Stromerzeugung und Nachfrage mit Verkehr, Energie und Gebäuden) (S. 23) 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung von Sektorenkopplung (Verknüpfung der Strom-, -Gas und Wärmenetzen zur besseren Optimierung der Energieversorgung) (S. 48) Bestehende Stromleitungen sollen durch neue Technologien besser ausgelastet werden (S. 48) Finanzielle Unterstützung von Mieterstrommodellen (dezentrale Stromerzeugung beispielsweise durch Solaranlagen auf dem Dach, S. 49) Unterstützung von energetischen Sanierungen (S. 49) Förderung von Bürger-Energie Genossenschaften: Dezentrale und unabhängige Stromversorgung (S. 49) Re-Kommunalisierung der Netzinfrastruktur, wenn der Netzbetrieb sicher und effizient ist (S. 49) 	<ul style="list-style-type: none"> Dauersubventionssystem des EEG wird abgeschafft (S. 78) Erneuerbare Energie-Träger müssen sich dem Wettbewerb stellen mit allen Chancen und Risiken (S. 77) Ablehnung des Klimaschutzplans 2050 (S. 88) EU-Emissionshandel muss in weitere Sektoren (zum Beispiel Wohnen und Verkehr) ausgeweitet werden (S. 77) Verbrauchs- und -kapazitätsgerechte Integration von Erneuerbaren Energien in den Markt (S. 78) 	<ul style="list-style-type: none"> Sozial gestaffelte Förderung von Modernisierungen (S. 40) Einheitliche Standards und günstige Kredite für ökologische Bauweisen (S. 50) Ausbau von regenerativen Energien und dezentraler Stromversorgung (S. 50) Verstaatlichung der Strom und Wärmeversorgung (S. 86) Sockeltarif für Energie und -Wasserversorgung (S. 87) Ökologischer Umbau: Förderprogramm für Gebäudebesitzer als Haupttragende (S. 50) Erhöhung der energetischen Sanierungsrate von Gebäuden auf 2% (S. 87) Steigerung des Pflichtanteils von erneuerbarer Energie bei Neubauten (S. 88) Investitionen in die ökologische Modernisierung der Infrastruktur (S. 43) Gleichberechtigter Zugang zu erneuerbaren Energien für Kommunen, Stadtwerke und Bürger-Energie-Genossenschaften (S. 44) Reform des EEG mit sozialen Komponenten und Ziel des Ökostromanteils von 43% in 2020 (S. 86) 	<ul style="list-style-type: none"> Zusätzliche Mittel für energetische Gebäudesanierung (S. 34) Bundesweites Klimaschutzgesetz: Ziele bis 2050 auch im Gebäudesektor festlegen (S. 34) Weiterentwicklung des EEG und Anhebung der jährlichen Ausbauziele (S. 50) 2 Milliarden Euro jährlich für die energetischen Sanierungen (S. 54) Klimawohngeld für Wohngeldempfänger (S. 54) Unterstützung von Bürger-Energie durch bürokratische Entlastung (S. 50) Stromsparchecks und Energieberatung für Haushalte sollen Standard werden (S. 52) 	<ul style="list-style-type: none"> Förderung von erneuerbaren Energien zurückgefahren (S. 54) Energiepreise kalkulierbar machen (S. 54) Abschaffung des EEG (S. 66) Bis zur kompletten Abschaffung des EEG: Mindestabstand von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung muss das 10-Fache der Gesamthöhe betragen, keine Flächen für jene Anlagen ohne Zustimmung der Bürger und keine EE-Anlagen in Schutzgebieten oder Wäldern (S. 66) Trotz der EU-Vorgabe: Abschaffung der EneV und EEWärmeEG (S. 66) 	<ul style="list-style-type: none"> Die EEG-Umlage muss endlich auch für Wohnungseigentümergeinschaften reduziert werden. Eine Diskriminierung zwischen Mietern und Eigentümern ist nicht nachvollziehbar und behindert die Eigentumbildung langfristig. Eine erhöhte Sanierungsquote ist eine sinnvolle Weichenstellung für die Zukunft. Mit positiven Eindrücken nimmt der IVD Vorschläge zur steuerlichen Förderung für energetische Gebäudesanierungen auf. Es bleibt jedoch abzuwarten wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen schlussendlich angepasst werden. Weiterhin sollten die Mittel für die KfW Förderprogramme ausgeweitet werden. Der Prozess der Antragstellung für Gemeinschaften muss vereinfacht werden, wenn die langfristigen Klimaziele erreicht werden sollen.
Digitalisierung	<ul style="list-style-type: none"> Digitalisierung ist Chefsache: „Staatsminister für Digitalpolitik im Bundeskanzleramt“ (S. 50) Einrichtung eines Ausschusses für Digitalpolitik (S. 50) Berufung des nationalen „Digitalrats“: Austausch zwischen Politik und nationalen sowie internationalen Experten (S. 50) Flächendeckender Glasfasernetzausbau bis 2025 (S. 51) 	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als Berater zur Cybersicherheit für Unternehmen (S. 56) Zuschuss für digitale Technologie für kleine und mittlere Unternehmen, wenn sie sich beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept vorlegen (S. 22) Breitband für alle bis 2025 (S. 44) 	<ul style="list-style-type: none"> Einführung intelligenter Stromzähler (S. 88) „One-Stop-Shops“: Ein Anlaufpunkt für alle Behördenengänge (S. 81) „Once-Only“ Prinzip der Verwaltung: Nur einmalige Übermittlung von Daten an Behörden (S. 81) Einführung Digitalministerium (S. 91) Milliardeninvestitionen in den Glasfaserausbau (S. 31) Förderung des europäischen digitalen Binnenmarktes und Abschaffung von nationalen regulierungsbedingten Barrieren (S. 19) Open-Data und Open-Gouvernement: Freie und transparente Verfügbarkeit von Daten der Verwaltung (Ausnahme: Personen und -unternehmensbezogene Daten, S. 19) 	<ul style="list-style-type: none"> Rechtsanspruch auf digitale Weiterbildung zur Digitalisierung in Unternehmen (S. 15) Gründung eines beruflichen Weiterbildungsfonds (S. 15) Milliarden-Investitionen in den Breitbandausbau (S. 84) Telekommunikationsnetze sollen in öffentliches und gemeinschaftliches Eigentum übergehen (S. 131) Zugang zu schnellem Internet überall (S. 41) 	<ul style="list-style-type: none"> Milliardenschwere Investition in den Glasfaserausbau (S. 165) IT-Beratungsnetzwerk für mittelständische Unternehmen, dass anbieterunabhängige Empfehlungen zum Vernetzungs-, Digitalisierungs- und -Automatisierungspotenzial ausspricht (S. 226) 	<ul style="list-style-type: none"> Verbesserte steuerliche Bedingungen für Entwicklungsausgaben in Unternehmen (S. 53) Flächendeckender Breitbandausbau in 2 Jahren (S. 54) 	<ul style="list-style-type: none"> Der IVD fordert mit Nachdruck die Digitalisierung in der Immobilienbranche zu unterstützen. Mittelständische Unternehmen sollten mit besseren Abschreibungsmöglichkeiten für digitale Technologien zur Modernisierung angegert werden. Die Verfügbarkeit von Informationen zu Preis-Entwicklungen und Grundstückspreisen in Echtzeit muss weiter lanciert werden. Gutachterausschüsse und Bewertungen müssen auch im Interesse des Staates mit dem Standard der Digitalisierung mithalten können.
Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> Schleierfahndung in ganz Deutschland ermöglichen, um fahndungsfreie Zonen zu vermeiden (S. 63) 15.000 neue Polizisten sollen eingestellt werden S. 62 	<ul style="list-style-type: none"> 15.000 neue Polizisten um der gestiegenen Alltagskriminalität besser (S. 37) 	<ul style="list-style-type: none"> Deutlich mehr Mittel für die Personal und Sachausstattung bei der Polizei und Justiz (S. 40) 	<ul style="list-style-type: none"> Einbruchsprävention: Schutzmaßnahmen fördern und Sicherheitsbauten mietrechtlich erleichtern (S. 138) 	<ul style="list-style-type: none"> Einbruchsprävention: Schutzmaßnahmen fördern und Sicherheitsbauten mietrechtlich erleichtern (S. 138) 	<ul style="list-style-type: none"> Der IVD fordert angesichts der hohen Anzahl von Einbruchsdelikten eine effektivere Prävention. Steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Sicherheitstechnik oder staatliche Förderprogramme zum Einbruchschutz müssen erweitert werden. 	